



Nichtamtlicher Theil.

Der Wechsel im Reichs-Finanzministerium.

Die schon seit längerer Zeit im Zuge befindlich gewesene Aenderung in der Besetzung des Reichs-Finanzministeriums ist durch die diesertage veröffentlichten Allerhöchsten Handschreiben perfect geworden. Der neue Reichs-Finanzminister Herr Josef von Szlavy hat seine Stelle als Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses sowie auch sein Reichstagsmandat sofort niedergelegt und dürfte inkürze zur Uebnahme seines Amtes nach Wien übersiedeln. Was die Gründe betrifft, welche den Rücktritt des Barons Hofmann und die Berufung Szlavy's veranlaßt haben, so machte sich bereits gleich nach dem Wechsel in der Besetzung des Ministeriums des Auswärtigen das Bedürfnis fühlbar, daß auch ein Ungar Mitglied des gemeinsamen Cabinets sei. Baron Hofmann selbst theilte die Auffassung, daß es wünschenswert wäre, der jenseitigen Reichshälfte eine directe Vertretung in dem Reichsministerium zu gewähren, und er erklärte sich bereit, alles zu thun, was eine derartige Combination zu erleichtern imstande sei. Wenn sich nichtsdestoweniger die Berufung eines Ungarn in das gemeinsame Ministerium längere Zeit verzögerte, so erklärt sich dies einmal daher, daß in der letzten Delegationsession keinerlei Fragen zur Verhandlung standen, welche zu erregten Kämpfen Veranlassung boten, mithin die Vertretung des Regierungsstandpunktes in der ungarischen Delegation keine sonderlichen Schwierigkeiten bot, sodann aber auch daraus, daß man es für wünschenswert erachtete, die von Baron Hofmann in Angriff genommene Regelung der bosnischen Verwaltungsangelegenheiten von diesem vollenden zu lassen. Erst nachdem Baron Hofmann diese wichtige Aufgabe unter allgemeiner Anerkennung gelöst hatte, wurde von neuem, und zwar auf Initiative des bisherigen Reichs-Finanzministers, die Verleihung seines Portefeuilles an einen Ungarn in Erwägung gezogen. Die dieserhalb eingeleiteten Verhandlungen endeten mit dem Rücktritt des Freiherrn v. Hofmann und der Ernennung des Herrn v. Szlavy zu seinem Nachfolger. Was die Modalitäten betrifft, unter denen die Ernennung des ersteren zum Generalintendanten der beiden Hoftheater erfolgt ist, so verlautet, daß dem Wunsche Baron Hofmanns, bezüglich seiner Pensionierung als Reichs-Finanzminister normalmäßig behandelt zu werden, seinen neuen Posten aber mit keinem Gehaltsbezüge zu verbinden, volle Rechnung getragen wurde.

Gleichzeitig wurde die Wiederverwendung des scheidenden Ministers im activen politischen Staatsdienst vorbehalten, und es darf wohl als ausgemacht betrachtet werden, daß sich Baron Hofmann, der ja Mitglied des Herrenhauses ist, nach wie vor an dem politischen und parlamentarischen Leben theilnehmen wird.

Oesterreichischer Reichsrath.

68. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 10. April.

Präsident Coronini eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Am Ministertische: Taaffe, Falkenhayn, Prajak, Conrad, Kriegssau.

Der Ministerpräsident notificiert dem Hause die Demissionierung des Reichsfinanzministers Freiherrn v. Hofmann und die Ernennung des Josef v. Szlavy zum Reichsfinanzminister.

Bevor zur Tagesordnung übergegangen wird, ergreift der Unterrichtsminister Baron Conrad das Wort, um die gestrige Bemerkung des Abg. Ruß, als habe die Regierung gelegentlich der Berathung über den Antrag wegen Abkürzung der Schulpflicht im Vereine mit der Rechten eine Komödie aufgeführt, entschieden zurückzuweisen. Er habe während seiner ganzen Beamtenlaufbahn nichts gethan, was darauf berechnet war, einen dramatischen oder gar täuschenden Effect zu erzielen. (Bewegung.)

Hierauf wird die Generaldebatte über das Budget fortgesetzt.

Abg. Dr. Rechsauer erklärt, die jetzige Situation sei von allen denjenigen, die er bisher im Parlamente erlebt habe, die betrübendste. Bei der Bildung des jetzigen Ministeriums sei der constitutionelle Grundsatz, daß die Mitglieder desselben entweder dem Parlamente angehören oder hervorragende Fachmänner sein müssen, nicht beachtet worden. Das Versprechen der Thronrede, daß das Deficit ohne Inanspruchnahme des öffentlichen Credits gedeckt werden würde, sei nicht gehalten worden; das Deficit selbst sei von der Regierung unrichtig präliminirt worden. Entweder habe sie damals die Finanzlage nicht erkannt, und dann sei dies ein trauriges Zeichen von Unkenntnis, oder sie habe die Finanzlage erkannt und dennoch ein unrichtiges Deficit vorgelegt. Um das Programm der Versöhnung und Verständigung durchzuführen, dazu sei nothwendig, daß man die Ziele und Wünsche beider Parteien kenne. Die Ziele und Wünsche der Verfassungspartei seien bekannt, und sie enthalten gewiß keine Vergewaltigung der anderen

Nationalitäten. Was wünscht die Gegenpartei? Autonomie und Decentralisation. Worin diese aber bestehen, wie weit die Autonomie und Decentralisation gehen soll, das habe man bisher nicht erfahren. Redner weist darauf hin, daß es den Bestrebungen der Autonomistenpartei, der er selbst angehört, gelungen sei, in die Verwaltung der Gemeinden, Bezirke und Länder das gewünschte Maß von Autonomie zu bringen. Weiter gehende Forderungen würden das Reich seiner Macht entkleiden. Redner bedauert schließlich, daß die Regierung zur Sicherung der Majorität für ihre Vorlagen gezwungen sei, Compromisse zu schließen und verschiedene Zusagen zu machen, wodurch der Constitutionalismus compromittiert werde. (Beifall links.)

Abg. Graf Czernawski gibt eine Geschichte des Deficits und findet, daß unter dem Ministerium Hohenwart das Deficit zeitweilig verschwunden war und mit dem Cabinet Auerberg sich wieder einstellte. Die gegenwärtige Regierung habe nur die Erbschaft der früheren übernommen. Der Redner bespricht die Steuerleistung Galiziens und die Haltung der Polen in der auswärtigen Politik. Wir können, sagt der Redner, uns nicht mit dem Gedanken befremden, daß Oesterreich zu einem Staate zweiten Ranges degradiert werde. Nur unter Freunden ist eine Verständigung möglich, nie aber dann, wenn eine Nation die andere an die Wand drücken will. Man wirft Galizien immer vor, daß es wenig Steuern zahlt, daß es eine passive Provinz sei. Das ist unrichtig. Galizien wäre ein ebenso steuerkräftiges Land, wenn es jahrelang nicht so sehr vernachlässigt worden wäre, wenn sein Eisenbahnetz ausgebaut, seine Flüsse regulirt worden wären. Aber für Galiziens Handel und Absatz ist nicht gesorgt worden.

Abg. Wolfrum. Die Angaben der Redner von der Rechten über das Anwachsen der Staatsschuld sind theilweise unrichtig, theils vergißt man, was in den letzten Jahren dafür geleistet worden ist. Thatsächlich hat der Rechnungsabschluss unter der verfassungstreuen Regierung kein Deficit ausgewiesen, aber die Herren von der Rechten stützen sich bei ihrer Berechnung immer auf den Staatsvoranschlag, und der hat allerdings immer ein Deficit gezeigt. Redner tadelt, daß in der Thronrede den Völkern versprochen wurde, daß der Abgang ohne Inanspruchnahme des Credits gedeckt werden könne. Wenn die Bevölkerung sieht, daß eine Regierung, welche die Ordnung der Finanzen versprochen hat, nur den politischen Kampf entfesselt hat, dann mußte ihr Vertrauen schwinden.

Feuilleton.

Die öffentlichen Gesundheitsfragen der Stadt Laibach.

Von Dr. Friedrich Keesbacher.

I. Die öffentliche Gesundheitspflege im allgemeinen.

Wenn wir in einer Reihe von Aufsätzen daran gehen, die öffentlichen Gesundheitsfragen unserer Stadt einer eingehenderen Besprechung zu unterziehen, so folgen wir nur dem Drange einer Strömung, die sich in unserer Stadt in neuester Zeit in den Gesprächs- und in den Spalten unserer Tagesblätter in auffälliger Weise bemerklich macht und die wohl ihr Hauptmotiv nebst der immer mehr sich Bahn brechenden Erkenntnis der Wichtigkeit solcher Fragen in dem Umstande findet, daß man glaubt, die Commune, durch die Thätigkeit und Tüchtigkeit einer illustren geistigen Kraft in den Besitz nicht unbedeutender Geldmittel gelangt, habe nun die ziemlich brach gelegenen Gebiete reformatorsch zu greifen und Laibach zu einer gesunden und blühenden Stadt zu machen, die es vermöge seiner hübschen Lage und Umgebung, vermöge seiner hübschen Anlage und vermöge seiner für industrielle Zwecke besonders günstigen Situation zu werden und zu sein wohl verdient.

Es gibt zwei Arten der Gesundheitspflege, nämlich jene des einzelnen Menschen und jene einer in einem Gemeinwesen zusammenlebenden Menschenzahl.

Der Einzelne ist in der Pflege seiner Gesundheit auf die Vermeidung jeder Schädlichkeit angewiesen, er wird sich also vor Verkühlung hüten, er wird die nöthige Leibesübung machen, die Hautpflege und Keiligkeit nicht vernachlässigen, in seiner Wohnung für Zutritt von Licht und Luft sorgen, der Jahreszeit entsprechend sich kleiden, in der Wahl seiner Nahrungsmittel sorgfältig sein u. s. w. Allein wenn der einzelne Mensch diese Vorsichten auch alle befolgt, so vermeidet er doch nur jene Schädlichkeiten, die zu vermeiden in seine Hand gelegt sind. Aber es gibt noch sehr viele Schädlichkeiten, die zu vermeiden außerhalb der Reichthümer des Einzelnen liegen und die gerade die häufigsten Krankheitsgefahren in sich bergen.

Es ist nämlich jeder Einzelne auf einen reinen Luftkreis, auf gutes Trinkwasser, auch unverfälschte Nahrungsmittel u. s. w. angewiesen; da sich aber nicht jeder Einzelne seine Wasserleitung bauen kann, nicht verhindern kann, daß unreine und überfüllte Wohnungen, schlecht construirte Senkgruben gesundheits-schädliche Dünste ausströmen und den Luftkreis vergiften, nicht jeder Einzelne die Nahrungsmittel, die er am Markte kauft, auch untersuchen kann, da ihm die Kenntnisse hiezu mangeln, z. B. Gift in Kleidungsstoffen, Trichinen und Finnen im Fleisch, Bleizucker im Wein, Kupfer im gefärbten Kaffee u. s. w., so ist es Pflicht der Communalbehörde, jene gesundheitsstörenden Factoren, deren Abwendung dem Einzelnen nicht möglich ist, zu bekämpfen, das heißt die öffentliche Gesundheitspflege zu besorgen. Was nützt mir alle Vorsicht in meiner Lebensweise, was nützt mir die minutöseste Keiligkeit in meiner Wohnung und in meinem Hause, wenn der Nachbar durch Unreinlichkeit in seinem Hause mir den Luftkreis vergiftet,

denn ich kann ja die schlechte Luft im Nachbarhause nicht absperrern, sie kommt zu mir herüber und ich muß sie athmen, und wenn ich privatim den Nachbar ersuche, seine Senkgrube zu reinigen, zu verschließen, so wird er mir die Thüre weisen. Was nützt mir alle Keiligkeit, wenn der Hauptkanal, der durch die Straße zieht, sich verstopft und pestilenzische Dünste ausströmt, da ja der Einzelne auf den Zustand öffentlicher Baulichkeiten keinen Einfluss üben kann.

Es muß also über den einzelnen Bewohnern einer Ansiedlung, sei es nun eine Stadt, ein Markt, ein Dorf, ein Organ stehen, welches im Interesse der Gesamtheit den Schutz für die Gesundheit des Einzelnen übernimmt. Dieses Organ ist in Städten bei uns in Oesterreich der Magistrat und über ihm als Oberbehörde der Gemeinderath.

Diese Dinge sind so einfach und natürlich, daß es uns fast überflüssig scheint, sie zu erwähnen. Allein angesichts der Thatsache, daß in unserem Publicum, ja selbst in maßgebenden Körperschaften, dieselben Ansichten zutage getreten sind, welche dahin gipfeln: die beste öffentliche Gesundheitspflege sei die, wenn jeder selbst für seine Gesundheit sorgt, ist es leider ersichtlich, daß in unserer Stadt und ihrer communalen Vertretung noch immer sehr naive und primitive Anschauungen über den Wert der öffentlichen Gesundheitspflege herrschen. Es erscheint daher als Pflicht der Publicistik, solchen entgegenzutreten. Dies möge auch jenen Lesern gegenüber, denen der Wert der öffentlichen Gesundheitspflege ohnedies geläufig ist, als Entschuldigung gelten, wenn wir uns der Mühe unterziehen, so einfache und so oft gesagte Dinge noch einmal darzulegen.

Von 1869 bis 1874 ist an den öffentlichen Credit nicht appelliert worden und war kein Deficit vorhanden. Wenn die Herren von der Rechten dies leugnen, dann verwechseln sie eben den jeweiligen Staatsvoranschlag mit der Schlussrechnung. Die frühere Regierung hat die Gefahr eines perennierenden Deficits erkannt und Ersparungen in der Verwaltung angebahnt. Zur Deckung des Deficits solle man das Beispiel Frankreichs nachahmen und die Einnahmen zu erhöhen trachten. Die Personal-Einkommensteuer muss eingeführt, die Zucker- und Brantweinsteuern müssten reformiert werden. Handinhand hätte damit eine vernünftige Reform der indirecten einzutreten, durch welche die Bevölkerung nicht fühlbar belastet würde. Redner weist auf die Ertragnisse der Brantweinsteuer in anderen Ländern hin, plaidiert für eine Contingentierung der Zuckersteuer und schließt mit der Anforderung, daß man durch Erhöhung der Einnahmen und durch Sparfameit zur Ordnung der Finanzen gelangen möge. (Beifall links.)

Abg. Graf Heinrich Lam-Martiniß wendet sich gegen die erhobene Forderung, daß seine Partei sowohl ein fertiges Finanzprogramm als auch ein Administrationsprogramm vorlegen solle. Mit allgemein gefassten Programmen sei wenig gethan. Programme müssen positiv und dann den gegebenen Verhältnissen angepaßt sein. Wir haben gehalten, was wir bei unserm Eintritte versprochen. Wir haben die staatsrechtliche Frage nicht aufgeworfen. Ein reformatorisches Werk zur dauernden Besserung der Finanzen kann überhaupt nicht von einem Parlamente ausgehen. Die jetzige Finanzlage ist ein Erfolg des früheren Systems, der Herrschaft jener Partei, welche so oft alle wirtschaftliche Ueberlegenheit für sich allein in Anspruch nimmt. Es geht nicht an zu sagen: Wir haben für die Occupation, für den Ausgleich mit Ungarn nicht gestimmt. Sie hatten ja damals die entschiedene Majorität. Das zwölfjährige Regime der Verfassungspartei schließt mit einem Passivsaldo von 600 Millionen. Diese Partei mußte früher schon ernste Umkehr halten und jene catonische Strenge entfalten, die sie heute zur Schau trägt. Warum hat sie die Steuerreform nicht durchgeführt? Wenn man ernstlich wollte, konnte man sie durchführen, aber man wollte unmittelbar vor den Neuwahlen der Bevölkerung nicht mit neuen Steuern kommen.

Die Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte muß erfolgen auf dauernden Grundlagen und unter Achtung der vom Staate übernommenen Verpflichtungen. Diese Grundlagen sind die Reform des Einnahmen- und des Ausgabenbudgets. In der Thronrede sei angedeutet worden, daß Reformen im Sinne einer autonomen Verwaltung angebahnt werden sollen. Die geforderte Autonomie stehe nicht im Widerspruch mit den Anforderungen eines mächtigen Staatswesens, und die zwei ältesten Verfassungen, welche den Stürmen von Jahrhunderten getrotzt, die englische und ungarische, seien auf dem Principe der Autonomie aufgebaut. Die Forderungen der Czechen, wie dieselben im Budgetausschusse zum Ausdruck gekommen, seien so minime, daß eine Abweisung derselben der Abweisung jeder Verständigung gleichkomme.

Sie, meine Herren auf der Linken, nehmen für sich allein den Staatsgedanken in Anspruch. Aber der Staatsgedanke ist hervorgegangen aus dem Begriffe der Föderation. (Beifall rechts, lebhafter Widerspruch

links.) Er hat tiefere Wurzeln, er wurzelt in dem dynastischen Gedanken, in dem Gedanken der Freiheit der nationalen Entwicklung. (Beifall rechts.) Redner weist die vom Abg. Gregor gegen die Stellung des Großgrundbesitzes vorgebrachten Bemerkungen zurück, sucht die vom finanziellen Standpunkte gegen eine Erweiterung der Autonomie erhobenen Bedenken zu widerlegen und erklärt sich gegen jede gebundene Allianz Oesterreichs. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.) — Nächste Sitzung Montag.

Wien, 11. April.

++ Se. Majestät der Kaiser wird am 13. d. M. in Mährisch-Weißkirchen zu einem kurzen Besuche erwartet, welcher die Besichtigung der Militärschule zum Zwecke hat. — Der Brixener Fürstbischof v. Weiß begibt sich morgen nach Rom, um sich in seiner neuen Würde dem Papste vorzustellen.

Das ungarische Abgeordnetenhaus hat es nach Budapest Meldung an Ovationen für seinen scheidenden Präsidenten nicht fehlen lassen und dürfte die Wahl des Nachfolgers am Dienstag vornehmen. Auf wen sie fallen wird, ist unzweifelhaft: auf Herrn v. Bély, dessen Candidatur gestern abends bereits von Herrn v. Tisza in aller Form in einer Conferenz der liberalen Partei aufgestellt und mit großem Beifalle begrüßt wurde. Die Opposition wird, wie man schon seit langem vermuthet, da sich Herr v. Szell zu einem aussichtslosen Gegencandidaten nicht herleihen wollte, die Taktik der Wahlenthaltung ergreifen. Ganz ungewiß ist dagegen, wer Herrn v. Bély als Communicationsminister im Cabinet ersehen wird. An den mit großer Bestimmtheit genannten Grafen Josef Risch ist angesichts der kategorischen Erklärung des „Pester Lloyd“, daß dieser „schon mit Rücksicht auf seine Familienverhältnisse ein Portefeuille anzunehmen derzeit schlechterdings nicht in der Lage wäre“, nicht zu denken. Ein neuer Name ist seither nicht aufgetaucht.

In Niederösterreich, Oberösterreich und Galizien sollen neue Landes-Hypothekbanken errichtet werden. Speciell im erstgenannten Lande ist dies Project schon über die ersten Stadien hinaus gelangt, indem sich in das Präliminare des Landesfondes für das laufende Jahr bereits eine Dotationsziffer von 200,000 fl. in Papierrente eingestellt findet.

Im April 1876 schrieb das österreichische Ministerium für Cultus und Unterricht einen Staatspreis „für die beste systematische Darstellung des in Oesterreich geltenden öffentlichen Rechtes“ aus. Im November vorigen Jahres wurde das Preisrichter-Collegium, bestehend aus dem ehemaligen Universitätsprofessor und Minister Dr. Josef Unger, dem Universitätsprofessor Hofrath Dr. Leopold Neumann und dem Sectionschef Freiherrn v. Lemayer, ernannt. Gestern publicierte nun die „Wiener Zeitung“ den Bericht dieser Commission an den Minister. Es sind ihrer Begutachtung drei Arbeiten vorgelegen, und das mit Stimmeneinhelligkeit abgegebene Urtheil lautet dahin, daß der in Rede stehende Preis keinem der eingelangten Manuscripte zuerkannt werde. Der Bericht gelangt nach einer eingehenden, scharfen und geistvollen Kritik jedes der eingesendeten Manuscripte zu dem Schlusse, daß die in der juristischen Literatur Oesterreichs „breit klaffende Lücke“: der Mangel einer systematischen, als Lehr- und Handbuch verwendbaren Zusammenfassung

die Armen u. s. w. u. s. w., so daß unseren armen Magistratsbeamten gewiß oft vor Arbeitsüberbürdung der Kopf wirbelt. Es ist daher eine natürliche Reaction des Magistrates, wenn er Fragen sich wenig freundlich entgegenstellt, die ihm eine Mehrbelastung mit Arbeit in Aussicht stellen.

Die Sanitätsangelegenheit besorgt der Magistrat durch sein sanitätsärztliches Personale, die Armenpraxis durch eigens hiezu bestellte Armenärzte, die Untersuchung der Verletzten, der Schüllinge, plötzlich irrsinnig gewordenen, der Prostituirten, die allgemeine Impfung und die Todtenbeschau durch den städtischen Polizeiarzt, die Aufsicht über den sanitären Zustand der Häuser, der Wohnungen, der Senkgruben, der Kanäle, der Schulen, des Marktes, der Victualien, des Giftverkaufs, der Apotheken, der Gewerbsanlagen zc. durch seinen Stadtphysiker.

Nachdem nun die sanitäre Ueberwachung unserer Stadt infolge der gesteigerten Erkenntnis des Wertes öffentlicher Gesundheitsmaßregeln, infolge jahrelang vernachlässigter Obforge für dieselben und infolge der Bevölkerungszunahme bei verhältnismäßig geringerer Zunahme des Wohnraumes und bei dem enormen Fortschritt der Wissenschaft in allen Fragen der öffentlichen Gesundheit stets größere Dimensionen annimmt, so ist der Stadtphysiker häufig in der Lage, da Reformen vorzuschlagen, dort Uebelstände aufzudecken, zu deren Abhilfe geeignete Anträge zu stellen, das heißt, den ohnedies mit Geschäften überbürdeten Magistrat zu behelligen, den Hausbesitzern lästig zu fallen und so die Opposition bei denselben wachzurufen, eine Opposition, die leider sogar eine Stütze im Schoße der entscheidenden Kreise findet.

(Fortsetzung folgt.)

und Darstellung des gesammten positiven, in Oesterreich geltenden öffentlichen Rechtes, „nach wie vor unausgefüllt geblieben ist“. Daran knüpft sich der Vorschlag, der Minister möge die Preisanschreibung unter vollständiger Festhaltung der bisher geforderten Modalitäten und unter Bestimmung eines zweijährigen Termines erneuern.

Oesterreichisch-serbische Eisenbahn-Convention.

Der Präliminarvertrag über die mit Serbien zu schließende Eisenbahn-Convention ist am 9. d. M. in Wien im auswärtigen Amte unterzeichnet worden. Die Schwierigkeiten, welche dem Zustandekommen einer Verständigung so lange Zeit entgegenstanden, sind endlich, Dank den von beiden Seiten gemachten Concessionen, sämtlich überwunden. Auch über die letzte noch offene Frage, die des Anschlusses nach Bulgarien, ist es schließlich zu einer vollen Verständigung gekommen, indem das diesbezüglich von Serbien vorgeschlagene Compromiß mit einer kleinen Amendierung angenommen wurde. In der Convention selbst übernimmt Serbin die Verpflichtung, die Linie Belgrad-Nisch mit ihren Anschlüssen nach Constantinopel und Mitrowiza-Salonichi bis zum 15. Juni 1883 fertig zu stellen. Dagegen wird in dem Schlussprotokoll, das einen integrierenden Theil der Convention bildet, gesagt, daß die beiden contrahierenden Staaten ihre Anstrengungen gemeinsam dahin richten werden, die bulgarische Regierung zur Sicherstellung des Baues der Linie Belowa-Sophia zu bestimmen. Sollte das innerhalb eines Jahres gelingen, bleibt es bei der von Serbien übernommenen Verpflichtung, die Linie Nisch-Belowa bis zum 15. Juni 1883 auszubauen; dagegen soll das Schlussprotokoll für den Fall, daß die österreichisch-ungarischen und serbischen Bemühungen bei Bulgarien innerhalb eines Jahres nicht reussieren, fest, daß Serbien die Linie Nisch-Belowa drei Jahre nach der Sicherstellung der bulgarischen Anschlusslinie Belowa-Sophia gebaut haben muß. Was die von Oesterreich-Ungarn übernommenen Verpflichtungen betrifft, so bestimmt Artikel 2, daß eine Bahnverbindung zwischen Pest nach Semlin bis zum 15. Juni 1883 hergestellt sein muß, wobei es der ungarischen Regierung überlassen bleibt, die Verbindung mit Pest entweder durch eine neu zu bauende Bahn oder durch den Anschluß an eine schon bestehende Linie zu bewirken. Sollte man sich zu Pest für letzteres entscheiden, bestimmt das Schlussprotokoll, daß die Verbindung entweder bei Risinda oder bei Segebin zu bewerkstelligen sei. Selbstverständlich muß auch die Brücke über die Save bis zum 15. Juni 1883 fertig sein; die Kosten des Baues tragen, wie bekannt, Ungarn und Serbin zu gleichen Theilen; doch übernimmt ersteres die Leitung des Baues.

In der Tarifrfrage hat Oesterreich-Ungarn gleichfalls die serbischen Compromißvorschläge angenommen. Im serbischen Localverkehr ist der Belgrader Regierung keinerlei Verpflichtung auferlegt worden. Im internationalen und Transitverkehr wird dagegen Oesterreich-Ungarn das Recht der Meistbegünstigung zugestanden, welches in keinerlei Weise, weder durch Factoren noch durch Aenderungen im Gewichtssystem beschränkt werden darf und im Verkehr nach allen Richtungen gilt. Dasselbe Recht wird Serbien für die Linie Semlin-Pest und Pest-Wien zugestanden, woran jedoch für die bestehenden Bahnen die beschränkende Clausel: „soweit dies nicht durch früher erworbenem Concessionsrechte ausgesprochen sein sollte“, geknüpft ist. Als Ratificationstermin ist der 15. Juni 1880 festgesetzt. Sechs Monate nach vollzogener Ratification muß mit dem Bau, und zwar an den technisch schwierigsten Punkten begonnen werden. Von der Genehmigung der Convention durch die Stupschina ist dem Vertrage als von einer internen serbischen Angelegenheit keine Rede; doch gibt man sich in Belgrad der Hoffnung hin, daß die endlich zustande gekommene Vereinbarung auf Seite der serbischen Vertretung keinen unüberwindlichen Hindernissen beginnen wird.

Der Stand des ungarischen Unterrichtswesens.

Der ungarische Unterrichtsminister hat vor kurzer Zeit dem Abgeordnetenhaus den achten Bericht über den Stand des Schulwesens unterbreitet. Dieser Bericht umfaßt die Jahre 1877/78 und 1878/79 und gestattet infolge seiner sorgfältigen Ausarbeitung einen sehr instructiven Einblick in die Lage der ungarischen Bildungsanstalten.

Den erfreulichsten Eindruck macht jener Theil des Berichtes, welcher das Volksschulwesen behandelt. In dieser Richtung hat die ungarische Regierung anerkanntenswerte Anstrengungen gemacht, um sowohl die Zahl der Volksschulen zu heben, als auch einen regeren Besuch der Schulen zu erzielen und die Lehrkräfte mit geprüften Lehrindividuen zu besetzen. Es ist ein zu den Verhältnissen der Vorjahre sehr günstiges Resultat, daß jetzt in Ungarn auf je 866 Einwohner eine Volksschule entfällt und daß von den schulpflichtigen Kindern nur mehr 22 Procent keine Schule besuchen. Selbstverständlich gibt es aber auf diesem Gebiete noch viele Lorbeeren zu holen.

Weit ungünstiger stellt sich in Ungarn der Stand des Mittelschulwesens heraus. Das Unterrichtsministerium hat dem Abgeordnetenhaus schon vor längerer Zeit einen Gesetzentwurf über die Organisation und staatliche Beaufsichtigung der Mittelschulen vorgelegt, aber derselbe ist bis zum heutigen Tage nicht erledigt, und so sind die meisten ungarischen Mittelschulen jeder staatlichen Aufsicht entrückt. Der unmittelbaren Leitung des Ministeriums unterstehen nur 68 Gymnasien, von diesen sind nahezu zwei Drittel in den Händen geistlicher Orden, welche über Bildung und Verwendung der Lehrkräfte dem Staate nur in sehr beschränktem Maße Rechenschaft schuldig sind. Rechnet man noch die 61 protestantischen Lehranstalten Ungarns hinzu, so ergibt sich die Zahl von 129 Gymnasien, von denen nur sieben wirkliche Staatschulen und 14 königliche katholische Anstalten sind; die übrigen 108 Gymnasien sind confessionelle oder Privatanstalten, auf deren Leitung die staatlichen Behörden nur einen verschwindend kleinen Einfluss haben. Dieser Zustand führt nun zu doppelten Konsequenzen. Zunächst wird in den Mittelschulen ein engherziger confessioneller Geist großgezogen, dann macht sich unter den Mittelschulprofessoren die unberufene Mittelmäßigkeit breit. An 108 Gymnasien wirken Professoren ohne staatliche Prüfung, ja zum Theile Professoren, welche nicht die nöthige Eignung besitzen, der Jugend eine höhere Bildung zu vermitteln. Ehe nicht diesem Uebelstande abgeholfen wird, kann selbstredend an eine wirkliche Hebung der Durchschnittsbildung im ungarischen Mittelstande nicht gedacht werden. Die besten Mittelschulen in Ungarn sind bekanntlich diejenigen der Siebenbürger Sachsen; auf sie bezieht sich das oben Gesagte nicht. Im übrigen muß noch hervorgehoben werden, daß Ungarn noch sehr wenig Realschulen besitzt und daher eher einen Ueberfluß an Gymnasien und einen Mangel an guten Realschulen aufweist.

In der Abtheilung des Berichtes über Hochschulen empfiehlt das Unterrichtsministerium die Errichtung einer dritten Universität. Ohne Zweifel wird auch schon in der nächsten Zeit diese Frage im ungarischen Reichstage zur Verhandlung kommen. Bei dem Umstande, als die Pesther Hochschule beinahe 3600 Studierende aufweist, wird von vielen Seiten das Bedürfnis einer dritten Landesuniversität behauptet; ob sie gedeihen wird, hängt allerdings noch sehr von der Wahl des Ortes und von anderen Umständen ab. Vielleicht wird die Discussion über die Erriegerung einer neuen Hochschule dem ungarischen Reichstage auch die Gelegenheit bieten, ein neues Universitätsgesetz zu schaffen. Wünschenswert wäre ein solches gewiß, aber die erste und wichtigste Culturangelegenheit Ungarns ist und bleibt doch die Angelegenheit der Mittelschulen.

Zur Kanzlerkrisis.

Der abschlägige Bescheid, welchen der deutsche Kaiser auf das Demissionsgesuch des Fürsten Bismarck ertheilte, wird von den deutschen Blättern mit größter Befriedigung ausgenommen unter Betonung des Umstandes, daß dieser Ausgang der Kanzlerkrisis allgemein war vorhergesehen worden. Angelegenlich beschäftigt man sich mit den Vorschlägen zur Reform des deutschen Bundesrathes, welche auf die kaiserliche Cabinetsordre an den Reichskanzler hin von letzterem erstattet werden dürften. In Bundesrathskreisen nimmt man an, der Reichskanzler werde den Gesetzentwurf über die Stempelabgaben noch einmal dem Bundesrath vorlegen. Eine Initiative des letzteren würde die Gültigkeit zahlreicher Beschlüsse des Bundesrathes in Frage stellen. Der Reichskanzler schein auch den vom Bundesrath schon längst beschlossenen Gesetzentwurf wegen der Anzeigepflicht in Bezug auf Unfälle in Fabriken zu beanstanden, obgleich Preußen für denselben gestimmt hat. Eine Abänderung des Stimmverhältnisses im Bundesrath sei nicht beabsichtigt.

Gegenüber der vielfach verbreitet gewesenen Annahme, daß es nicht ausschließlich der vom Fürsten Bismarck als Demissionsursache angeführte Umstand gewesen sein dürfte, durch den die Krisis herbeigeführt wurde, schreibt ein Berliner Correspondent der „Kölnischen Zeitung“: „Unter dem ersten Eindrucke der Nachricht, Fürst Bismarck habe wegen des bekannten Vorganges im Bundesrath dem Kaiser seine Demission überreicht, war man wegen des anscheinenden Mißverhältnisses zwischen Ursache und Wirkung sehr geneigt, an anderweitige hochpolitische Motive des ernstesten Schriftlichen Kreises. Man scheint sich indessen jetzt auch in weiteren Kreisen davon überzeugt zu haben, daß das nicht der Fall ist und für einen Rücktritt des Reichskanzlers keine sonstigen schwerwiegenden Motive vorhanden sind. Man weiß, daß der Reichskanzler, hervortreten des vielbesprochenen Uebelstandes in der Zusammensetzung des Bundesrathes sehr erregt fühlte. Es sind durch die Substitution schon oft unvorhergesehene Majoritäten im Bundesrath herbeigeführt worden. Dies ist denn auch in dem vorliegenden Falle wieder geschehen. Dazu kam noch die seltsame Erscheinung, daß der Reichskanzler im voraus keine Kenntnis davon hatte, daß der Vertreter des Reichspostamtes sich — von seinem Standpunkte aus gewiß mit

Recht — sehr eindringlich gegen die Quittungssteuer auf Postanweisungen aussprach. Das preussische Votum wurde natürlich einheitlich für die Steuer gegeben, aber die Mehrheit fand einen Anhalt in den Ausführungen der Reichspostverwaltung gegen die Steuer. Das ist nun allerdings ein Internum Preußens. Jene Mehrheit ist lediglich auf dem Wege der Substitution herbeigeführt worden, gegen deren Wiederkehr eine Correctur der Geschäftsordnung wahrscheinlich Vorkehrungen treffen wird. Die Möglichkeit der Majorisierung der Vertreter der drei größten Bundesstaaten durch die kleinen würde immerhin, auch nach Beseitigung der Substitution, bestehen bleiben.“

Die Berliner „Post“ interpretiert das Demissionsgesuch des Fürsten Bismarck in einer sehr bemerkenswerten Weise. Der Kanzler — sagt sie — habe sich vergewissern wollen, ob der Kaiser nicht etwa geneigt sei, den Bundesrath einem andern zur Uebernahme der Verantwortlichkeit bereiten Kanzler zur Verfügung zu stellen, oder ob der Kaiser ihm bei der Ablehnung des ihm angebotenen Dienstes voll zur Seite stehe. Fürst Bismarck war also, wie aus dieser Interpretation zu schließen ist, der Zustimmung des Kaisers nicht unter allen Umständen sicher. Darin lag der Schwerpunkt der Krise, und deshalb war dieselbe so ernst. Die Cabinetsordre, mit welcher das Entlassungsgesuch des Kanzlers beschieden wurde, hat die Zweifel beseitigt. Nun steht die Frage auf der Tagesordnung, wie den Uebelständen im Bundesrath abzuwehren sei. Die „National-Zeitung“ meint, es könnten die Stimmen der größeren Staaten vermehrt oder die der kleineren gekürzt werden. Einer Verstärkung der Stimmenzahl der Präsidialmacht habe sie natürlich keine Veranlassung, entgegenzutreten; dieselbe werde ihren Einfluß stets im allgemeinen Interesse verwenden. Auch eine Ueberweisung von Stimmen für Elsaß-Lothringen an den Kaiser wäre eine sehr angemessene Maßregel. Eine erschöpfende Ausgleichung zwischen Stimmenzahl und Bevölkerungsziffer stehe jedoch außer Frage. Sollte eine Vermehrung der Stimmen der Königsreiche erfolgen, so würde sie eine solche Maßregel im höchsten Grade für bedenklich, ja geradezu für grundstürzend halten. Aus einem augenblicklichen Zusammenstehen von Preußen, Baiern und Sachsen werde man keine Reichsinstitution machen wollen. Mit wem möglich noch größerem Nachdruck müsse sie den Gedanken zurückweisen, daß an dem verfassungsmäßigen Stimmrechte der Kleinstaaten irgend gerüttelt werde. Gerade die Stimmen der Kleinstaaten seien es, welche der kaiserlichen Prerogative, der Kraft des Reiches die besten Dienste, dem Particularismus den entschieden Widerstand leisten, die bei richtiger Behandlung die zuverlässigsten Stützen für die Reichsregierung abgeben. Andere Blätter sind anderer Meinung. Man erinnert daran, daß Waldeck schon im Jahre 1867 gegen das jetzige Stimmverhältnis im Bundesrath protestierte. Waldeck sagte damals: „Da trösten sich die Herren, es werde ja Preußen leicht gelingen, einige Kleine zu sich herüberzuziehen. Ich glaube es auch, meine Herren; denn es hieß ja auch beim Reichstage in Regensburg so; gewöhnlich lautete dort die Instruction der Gesandten kleinerer Staaten: „In omnibus wie Oesterreich.“ Aber auch das Gegentheil ist sehr leicht möglich, namentlich in den gewöhnlichen Fragen der Gesetzgebung.“

Tagesneuigkeiten.

(Der neue Reichsfinanzminister.) Herr v. Szlavy trifft Mittwoch in Wien ein, um sein Amt zu übernehmen. Der neue Reichsfinanzminister wird die großen Appartements in dem Palais in der Himmelfahrtgasse beziehen und, wie man annimmt, ein Haus machen. Herr v. Szlavy lebt bekanntlich in den günstigsten Vermögensverhältnissen; seine Schwester, eine Gräfin Nary, testierte ihm ihr ganzes sehr bedeutendes Vermögen. Der neue Minister, 1818 zu Raab geboren, steht gegenwärtig im 62. Lebensjahre. Seine Studienzeit brachte er in jener Anstalt zu, die dem österreichischen Staate schon so viele Staatsmänner erzogen — im Theresianum. Seine Beamtenlaufbahn begann in der finanziellen Branche. 1845 war er Praktikant in der Hofkammer für Montan- u. Münzwesen in Wien, später Concipist der ungarischen Hofkammer in Ofen, und als das erste ungarische Ministerium ernannt wurde, avancierte er zum Secretär im Finanzministerium. Nach der Revolution wurde er vom Kriegsgericht zu fünfjährigem Festungserker verurtheilt und erst nach zweijähriger Haft in Olmütz begnadigt. — Bis 1860 lebte Szlavy in strenger Zurückgezogenheit auf seinem Gute Asmold und erst 1861 trat er auf Wunsch der damaligen Regierung wieder in den Staatsdienst. 1867 wurde er in den Reichstag gewählt und übernahm unter Andrássy das Amt eines Staatssecretärs im Ministerium des Innern, 1869 trat er als Handelsminister in das Cabinet ein und 1872 übernahm er die Ministerpräsidentenschaft, die er bald niederlegte, um den Präsidentenstuhl des ungarischen Abgeordnetenhauses zu besteigen. Herr v. Szlavy ist ein ausgezeichnete Redner und namentlich ein Meister in der Form.

(Vom Sängereffekte.) Das Executiv-Fünfer-Comité hat am 10. d. M. die Anmeldungen zur Theilnahme an der großen patriotischen Kundgebung der Sängereffekte geschlossen. Die Anzahl der angemeldeten Sängereffekte beträgt 2600, wohl die größte Sängereffekte, die sich je zu einem solch imposanten Feste zusammengefunden hat. Se. Majestät der Kaiser hat die Ankommenen, die ihm am 25. d. M. den herzlichsten Sängereffekt der Völker Oesterreichs im Liebe darbringen, in seine Burg zu Gast geladen, und findet die Bewirtung in der Winter-Reitschule statt. Den Mittheilungen des k. k. Obersthofmeisteramtes gemäß wird sich Se. Majestät um 11 Uhr vormittags ins Künstlerhaus begeben und unter Einhaltung der programmmäßigen Feierlichkeiten das große Erinnerungsbild vom Fünfer-Comité im Stiftersaale übernehmen. Die Production der Festhymne im inneren Burgplatz findet präcise 2 1/2 Uhr nachmittags statt. Der Zug der Sängereffekte bewegt sich um 2 Uhr vom Musikvereinsgebäude aus durch die Lothringer- und Canovagasse längs des Rärntnerringes, durch das äußere und innere Burgthor und nimmt vor den Appartements des Kaisers Aufstellung. Nach Beendigung der Production marschieren die Sängereffekte in die Winter-Reitschule, woselbst sie eine Stunde verweilen. Der Festcommers im Sofiensaal beginnt um 7 Uhr abends. Alles nähere wird das Festprogramm enthalten.

(Die Königin von Griechenland) ist kürzlich von einer Prinzessin entbunden worden. Das Land feiert dieses glückliche Ereignis nun zum sechsten male.

Locales.

(Zur Sanitätsfrage in Laibach.) Im Feuilleton unseres heutigen Blattes eröffnen wir unter dem Gesamttitel „Die öffentlichen Gesundheitsfragen der Stadt Laibach“ eine Reihe von Aufsätzen, in denen der Verfasser derselben, Herr Sanitätsrath Dr. Friedrich Keesbacher, sämmtliche auf die hygienischen Verhältnisse unserer Stadt und deren wünschenswerte Verbesserung Bezug habenden Factoren einer umfassenden und mit wissenschaftlicher Gründlichkeit ausgearbeiteten publicistischen Darstellung unterzieht. Die Artikel werden nebst einem einleitenden, die Gesundheitsverhältnisse im allgemeinen behandelnden Vorworte noch folgende Themen in den Kreis der Besprechung ziehen: 1.) Den städtischen Gesundheitsrath; 2.) die Morbilität und Mortalität; 3.) den Luftkreis; 4.) das wichtige Capitel der Wasserversorgung; 5.) die Bodenverhältnisse; 6.) die Wohnungen und 7.) den Lebensmittelmarkt. Ein eigener Schlussartikel soll die Ergebnisse der ganzen Darstellung kurz resumieren. Bei dem Umstande, als sich die Erkenntnis von der Nothwendigkeit einer gründlichen Reform unserer städtischen sanitären Verhältnisse in immer weiteren Kreisen Bahn zu brechen beginnt und andererseits auch der günstige Abschluß des Laibacher Lotterieu-Anlehens unsere Stadt leichter als je bisher befähigt, wenigstens die im sanitären Interesse Laibachs als unerlässlich anerkannten Verbesserungen und Herstellungen hauptsächlich zur Ausführung zu bringen, glauben wir die vorstehende, mit wirklich dankenswerthem Fleiße und auf Grund sorgfältiger Studien geschriebene Abhandlung Dr. Keesbachers in jedem Falle als eine höchst zeitgemäße und interessante bezeichnen zu können, welche die Beachtung aller Kreise, denen das sanitäre Wohl Laibachs und seiner Bevölkerung am Herzen liegt, im vollsten Maße verdient, umso mehr, als dieselbe aus der Feder eines Mannes stammt, dessen langjähriger, uneigennützigere Thätigkeit im Interesse der Gemeinde und dessen stets gleich regem publicistischen Wirken in fast allen gemeinnützigen Fragen unsere Stadt im Laufe der Jahre schon so manche wertvolle Anregung und Einführung zu verdanken hat.

(Laibacher Liedertafel.) Am Samstag-Abende veranstaltete die Laibacher Liedertafel ihre zweite Vereinsunterhaltung in den Localitäten der Casino-Restaurant, welche bei diesem Anlasse für die bevorstehende dauernde Eröffnung feierlich eingeweiht wurden. Weit über 300 Personen hatten sich in dem nett ausgeputzten Glasalon sowie in den anstoßenden Nebenlocalitäten eingefunden und wurden durch die vorzüglichen Leistungen des Gesangsvereins und durch die anregenden Weisen der Musikkapelle alsbald in die animirteste und heiterste Stimmung versetzt, die bis zum Schlusse des Programmes anhielt und sich durch stürmische Beifallsbezeugungen äußerte. Den größten Applaus fand natürlich die „Weinprobe“ von A. Garthe, eine komische Gesangsscene, welche von den Darstellern, den Herren Schulz (Wirt), von Januschowsky (Pastor), Ae. Böhm (Doctor) und Kulp (Schulmeister) in der trefflichsten Weise, mit Erzielung des vollen, unwiderstehlich komischen Effectes aufgeführt wurde. Besonders gelungen war der „Wirt“ des Herrn Chorleiters Schulz sowohl in mimischer als namentlich in gefanglicher Beziehung. Weiters verdient die äußerst passende Maske und das gute Spiel des Herrn von Januschowsky als „Pastor“ hervorgehoben zu werden. Die Piece gefiel so gut, daß sie wiederholt werden mußte. Auch Herrn Blumlachers „Stadtherren und Bauer“ machten infolge der launigen Vortragweise des Componisten, der den „Bauer“

fang, einen freundlichen Eindruck und kamen zur Re- petition. Unter den Chören, die insgesammt sehr gut gesungen wurden, brachte „V boj“ von Zajc in Folge des schönen Vortrages die größte Wirkung hervor.

(Ein rabiater Gast.) Der Wirt Anton Jaklitsch in Odrern bei Mitterdorf in Gottschee sah sich am Ostermontage unliebsamerweise genöthigt, den in seiner Wirtsstube zehenden Grundbesitzersohn Johann Eppich aus Odrern, da derselbe seine Beche nicht bezahlen wollte, aus dem Locale abzuschaffen.

(Schadenfeuer.) In Dornegg nächst Mürz- Feistritz kam am 30. v. M. gegen 3 Uhr morgens im Stallgebäude des Grundbesitzers Johann Primc vulgo Speh Feuer zum Ausbruche, welches außer dem erwähnten Stalle nebst Heuvorräthen auch das mit Stroh gedeckte Wohngebäude und eine Wagenremise des gleichen Geschößtes einäscherte, wodurch der Besitzer einen nicht versicherten Schaden von 5- bis 600 fl. erlitt.

(Gemeindevahl.) Bei der kürzlich statt- gehaltenen Neuwahl des Gemeindevorstandes der Orts- gemeinde Bisterhiza im Bezirke Stein wurden der Gemeindevorsteher, dann die Grundbesitzer Anton Tro- bešek und Alois Balantič von Prapretusafal zu Ge- meinderäthen gewählt.

(Vom Wetter.) Die kontinuierliche Abnahme des Luftdruckes während der letzten 14 Tage über ganz Europa hatte eine entschiedene Aenderung in den Wetter- verhältnissen zur Folge. Da das Gebiet des niedersten Luftdruckes sich stets über dem Süden unseres Continents hielt, waren erst süddliche, später östliche und nördliche Winde für Mitteleuropa bedingt; die aus den kälteren Gegenden hergeführten Luftmassen niedriger Temperatur bewirkten allgemein eine Condensierung der Wasserdämpfe, und stellte sich trübe, häufig regnerische Witterung ein, die Niederschläge waren besonders an den Küstengebieten sehr bedeutend, im Innern des Landes waren häufig Strichregen bei ziemlich hoher Temperatur zu verzeich- nen, Fröste wurden bisher nur vereinzelt aus Süddeutsch- land gemeldet. — Ueber dem Mittelmeer und der Adria war die letztverflossene Woche andauernd stürmische Wit- terung herrschend, und traten hier über der Balkan- Halbinsel wiederholt starke Gewitter auf. Seit den letz- ten Tagen ist über den ganzen Westen das Barometer im raschen Steigen, und gleichen sich die Druckdifferenzen allmählich aus, was auf zunehmende Ausheiterung, doch fühle Witterung bei Neigung zu Nachtfrosten schließen lässt.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Wien, 12. April. Im Abgeordnetenhaus wurde nach den Reden der Minister die Generaldebatte ge- schlossen, worauf die Generalredner Herbst und Czar- torvski sprachen. Morgen findet die Abstimmung statt.

Börsebericht. Wien, 12. April. (1 Uhr.) Die Stimmung der Speculation war schwankend, das Geschäft in Schrankenwerten ziemlich belebt, die Curse konnten sich behaupten.

Table with columns 'Werb' and 'Ware' listing various financial instruments like Papierrente, Silberrente, Goldrente, and various bank shares.

Lemberg, 12. April. Nach hiesigen Blättern wurde die Hieherkunft des Kaisers und des Kronprinzen zu den Herbstmanövern bereits officiell angezeigt.

Berlin, 12. April. Der Bundesrath nahm über Antrag Baierns die Stempelpflichtigkeit auch für Post- anweisungs-Quittungen an. — Die Prolongations- erklärung betreffs des deutsch-österreichischen Handels- vertrages bis zum 30. Juni 1881 wurde unterzeichnet. — Die „Nordb. Allg. Ztg.“ veröffentlicht einen an den Nuntius Jacobini durch die Wiener Botschaft mitgetheilten Ministerialbeschluss vom 17. März, be- sagend, die preußische Regierung erblicke im päpstlichen Breve vom 24. Februar ein neues Zeichen friedlicher Gesinnung.

Paris, 12. April. Der „Union“ zufolge richtete Nina an die französische Regierung eine Note mit dem päpstlichen Proteste gegen die letzten Decrete.

Leoben, 12. April. (Presse.) Das heute in Leoben zusammengetretene Actionscomitée der alpinen Handelskammern von Leoben, Graz, Klagenfurt und Laibach erklärt eine Revision der Zollsätze für Eisen und Stahl als unerlässlich und fasste den Beschluss, gemeinsame Schritte zur Realisierung dieses Verlangens zu unternehmen.

Budapest, 11. April. (Br. Allg. Ztg.) Wie man der „Budap. Corr.“ aus Wien telegraphiert, fand heute unter dem Präsidium des Kaisers eine zweistündige Ministerconferenz statt, an der die Mi- nister Hammerle, Bylandt, Taaffe, Horst, Tisza und Szende theilnahmen. Den Berathungsgegenstand bil- dete die Texturierung des Gesetzentwurfes über die Modi- fication des Wehrgesetzes.

Berlin, 11. April. Ein Schreiben Bismarcks an Bühler wegen dessen gestern abgelehnten Ab- rüstungsantrages sagt, der Fürst sei von den prak- tischen und dringlichen Geschäften der Gegenwart so in Anspruch genommen, dass er sich mit Möglichkeiten der Zukunft nicht befassen könne, welche er nicht zu erleben fürchte. Erst wenn Bühler die Nachbarn für seine Pläne gewonnen haben werde, könnte der Reichs- kanzler gegenüber einem stets defensiven Deutschland die Verantwortlichkeit für analoge Anregungen über- nehmen; auch dann sei zu fürchten, dass die gegen- seitige Controle der Völker über den Rüstungszustand schwierig und unsicher bleibe.

Paris, 12. April. Neuerliche bischöfliche Schrei- ben remonstrieren gegen die wider die Congregationen erlassenen Decrete. Die Regierung soll, der „France“ zufolge, energische Maßnahmen gegen solche bischöf- liche Kundgebungen ergreifen.

Paris, 12. April. (N. fr. Pr.) Die bonaparti- stische Partei ist in voller Auflösung begriffen. Rouher erklärt, der Brief des Prinzen Napoleon habe der Partei den Todesstreich versetzt.

London, 12. April. (N. fr. Pr.) Das neue Cabinet wird höchst wahrscheinlich folgendermaßen zusammengesetzt sein: Granville, Premier; Hartington, Auswärtiges; Gladstone, Minister ohne Portefeuille; Derby, Colonien; Childers, Schatzkanzler; Northbrook, indisches Amt; Harcourt, Inneres; Forster, Krieg. Lord Kimberley wird voraussichtlich Botschafter in Wien. — Auf der russischen Botschaft wird die Nach- richt vom Tode Gortschakoffs stündlich erwartet.

London, 12. April. (Wiener Allg. Ztg.) Die „Times“ verlangen heute decidirt Granvilles Premier- schaft. Für Mittwoch Mittag ist das Cabinet einzu-

berufen. Die Königin wird erwartet; sie kommt via Brüssel Samstag abends zurück.

London, 11. April. (Br. Allg. Ztg.) Bis heute wurden gewählt 345 Liberale, 228 Conservative und 51 Homeruler. Es ist das die größte Majorität, die eine Partei seit der Reform-Bill von 1868 hatte. Der conservative Verlust beträgt 108 Stimmen, darunter in den Grafschaften 51. Die Liberalen erhielten 1.565.000 Stimmen, das ist gegen 1874 eine Zunahme von 412.000 Stimmen. Die Conservativen erhielten 1.181.000 Stimmen, das ist eine Abnahme von 120.000 Stimmen.

London, 12. April. (Br. Allg. Ztg.) Roberts hat ohne Widerstand Khelati-Ghilzai erreicht. Mufar- med Jan wird in Kabul erwartet. Heute ist dort großer Durbar. — Graf Szecheny hat Calcutta er- reicht. Man erzählt, er habe von Europäern bisher unbereifte Länder durchstreift.

Petersburg, 12. April. Um 10 Uhr wurde fol- gendes Bulletin ausgegeben: Fürst Gortschakoff ver- brachte die Nacht ruhig, aber schlaflos. Der Kopf ist frei, die Schwäche unverändert, Herzklopfen geringer, Puls schwach.

Madrid, 12. April. Der Ministerrath beschloß, die Umwandlung der Todesstrafe für Ottero nicht anzurathen.

Washington, 11. April. Die peruanische Armee wurde von den Chilenen bei Sorata geschlagen. Callao ist blockiert. Eine in Bolivia ausgebrochene Revolution wurde unterdrückt.

Telegraphischer Wechselkurs

Table with columns for various currencies and exchange rates, including Gold-Rente, Silber-Rente, Creditactien, London, and Reichsmark.

Angekommene Fremde.

Table listing arrivals of foreigners with columns for name, origin, and arrival date.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns for date, time, barometer, temperature, wind, and sky conditions for the month of April.

Trübe, unfreundlich. Nachts geringer Regen. Das Tages- mittel der Wärme + 9.2°, um 0.1° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Dankfagung.

Die meiner theuren, unvergesslichen Mutter, der Witwe

Helene Kofz,

während ihres langen Schmerzenslagers so vielfach bewiesene herzliche Antheilnahme, das zahlreiche Leidengesolge und die der theuren Verstorbenen ge- widmeten schönen Kranzspenden verpflichten mich, auf diesem Wege dafür meinen innigsten Dank ab- zustatten.

Laibach, 13. April 1880.

Marie Kofz.